

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Gewerkschaften

Entlaßt die Bosse - nicht die Arbeiter!

Die Stahlbosse in der Bundesrepublik haben zum Großangriff auf die Arbeitsplätze geblasen. Ganze Stahlstandorte sollen ihrer Konzentrations- und Vernichtungsstrategie zum Opfer fallen. Die Verödung ganzer Regionen nehmen sie dabei in Kauf. Sie interessieren sich nur für ihre Profite.

Was in anderen europäischen Ländern an Arbeitsplatzvernichtung geschehen ist - sei es unter staatlicher oder privater Regie - soll jetzt auch hier nachvollzogen werden.

Seit 1974 wurden in der bundesdeutschen Stahlindustrie bereits 95.000 Arbeitsplätze vernichtet, von den jetzt noch bestehenden 167.000 sollen weitere 40.000 wegfallen. Ein Ende ist nicht abzusehen. Massiver Arbeitsplatzabbau oder gar Schließung des Standortes Rheinhausen sind erst der Anfang.

Folgender Abbau ist geplant:

Duisburg	10500
Saar	4800
Oberhausen	3000
Hattingen	2900
Peine-Salzgitter	2800
Düsseldorf	2500

Oberpfalz (Maxhütte)	2200
Siegen	1900
Mühlheim	1300
Osnabrück (Georgsmarienhütte)	1200
Bremen	600
Troisdorf	600
(Frankfurter Rundschau 12.12.87)	

Die Zahl von 40.000 ist nicht aus der Luft gegriffen. Sie wurde auch von der EG-Kommission in Brüssel gefordert, sie wurde von Bundeswirtschaftsminister Bangemann bestätigt.

Die Stahlbosse wollen ihr krisengeschütteltes kapitalistisches System auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten sanieren. Sie und ihre politischen Handlanger, die Bundesregierung, wollen einen Kahlschlag à la Thatcher. In Großbritannien wurden seit Beginn der 80er Jahre ein Viertel der Industrie abgeschlachtet und weit über drei Millionen Menschen arbeitslos.

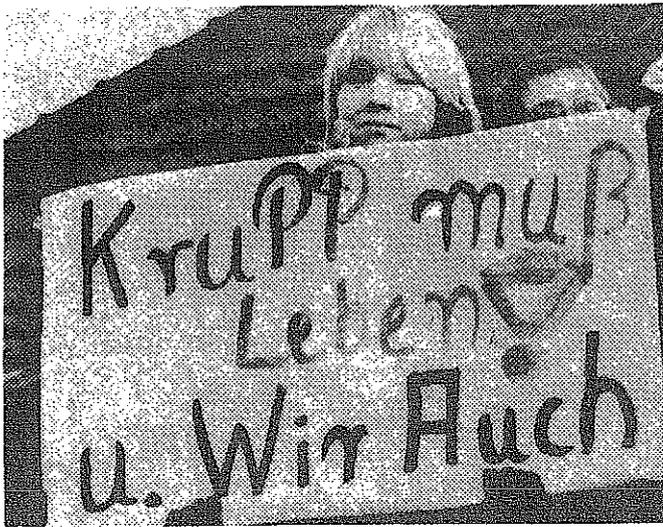
Dem Ruhrgebiet und anderen Krisenregionen droht Verelendung, eine „Liverpoolisierung“. Und das vor dem Hintergrund des Börsenkrachs und der aufziehenden nächsten Weltwirtschaftskrise. Was wird uns dann erst blühen? Zustände wie in den 30er Jahren - das ist die einzige Perspektive, die uns die Kapitalherrschaft noch anzubieten hat.

Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren Kampf um den Erhalt Jedes einzelnen Arbeitsplatzes!

Rheinhausen muß leben!



Stahlprogramm und Kampfstrategie



Überflüssige Kapazitäten?

Weltweit können derzeit rund 970 Millionen Tonnen Stahl produziert werden. Davon sollen 200 Mio. t „Überkapazitäten“ sein; die EG-Kommission hat für Europa einen Überhang von 30 Mio. t ausgemacht. Doch Überkapazitäten gemessen woran? An den Bedürfnissen? Oder am Profit?

Überall wird so getan, als ob z.B. die Stahlindustrie zum „alten Eisen“ gehört. Die Schwerindustrie hätte angeblich keine Zukunft mehr. „Umstrukturierung“, „Ersatzarbeitsplätze“, Entwicklung hin zur High-Tech- und Dienstleistungsgesellschaft sind die Schlagworte.

Sollen wir etwa eine Gesellschaft von Ingenieuren werden? Es scheint in Vergessenheit zu geraten, daß die Basis jeden gesellschaftlichen Reichtums immer noch die Warenproduktion ist, nicht der Dienstleistungssektor. Nicht durch Handel, Werbung, Service, Forschung und dergleichen werden real neue Werte geschaffen, sondern nur in der Warenproduktion.

Eine Gesellschaft, die die industrielle Basis und ihr Herzstück, die Schwerindustrie, abschlachtet, untergräbt ihre eigene Zukunft.

Nein, es ist nicht die Krise der Industriegesellschaft schlechthin, der wir uns gegenübersehen, sondern die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Bergleute und Stahlarbeiter sollen sich nicht einreden lassen, sie würden nicht mehr gebraucht.

Gibt es in der Dritten Welt etwa nicht genügend Bedarf an Eisenbahnen, Brücken, Traktoren, Kraftwerken usw.? Und in Anbetracht dessen soll weltweit angeblich zu viel Stahl produziert werden? Und in Europa: Brauchen wir nicht z.B. bessere öffentliche Verkehrsmittel, also Schienen und Schienenfahrzeuge, Bauprogramme für Wohnungen, Kindergärten und öffentliche Einrichtungen? Und dann soll es einen Überhang von 30 Mio. t geben?

Es gibt Bedarf an Stahl und weiterverarbeiteten Produkten, es gibt genügend Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten, um ihn zu befriedigen. Das einzige, was dazwischen steht, ist das Profit- und Konkurrenzprinzip des Kapitalismus. In diesem System kommt es immer wieder zu Überproduktionskrisen, mit der verheerenden Folge von Vernichtung von Arbeitsplätzen und Produktionsstätten. Diesen Widerspruch – die immense Entfaltung der Produktivität bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Armut – können wir nur auflösen, wenn wir das Kapital enteignen und die Produktion in unsere eigenen Hände nehmen.

Seit Beginn der Auseinandersetzungen um den Standort Krupp Rheinhausen wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, den Kampf auszuweiten und zu steigern, wenn der Standort nicht langfristig gesichert wird.

VORAN, Zeitung der Marxisten in der SPD, möchte mit dem folgenden Vorschlag für Kampfprogramm und -strategie einen Diskussionsbeitrag dazu leisten.

Bereits in der zweiten Woche der Auseinandersetzungen, am Aktionstag vom 10. Dezember, wurde in allen Krupp-Werken sowie zahlreichen anderen Stahlwerken gestreikt. Diese Kampfmaßnahmen sollten gesteigert werden zu einem

● unbefristeten Vollstreik in der gesamten Stahlindustrie.

Ein solcher Streik könnte vorbereitet werden durch sofortige Urabstimmung im Zusammenhang mit der laufenden Stahltarifrunde in den Bezirken NRW, Bremen und Osnabrück sowie durch eine von der IG Metall organisierte bundesweite Stahlkonferenz mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus allen Stahlwerken. Die Belegschaften der Ruhrgebiets-Standorte könnten Delegationen zu den Stahlwerken außerhalb NRWs schicken, um direkte Kontakte zu den anderen Belegschaften aufzubauen und parallel zur gewerkschaftlichen Koordination auch die Einheit der Arbeiter an der Basis herzustellen.

Regelmäßige und häufige Belegschaftsversammlungen in allen Stahlwerken sind nötig, um die Kollegen ständig über die vorgeschlagenen Kampfmaßnahmen und den Stand der Verhandlungen zu informieren sowie eine demokratische Kontrolle über die Vorgehensweise zu gewährleisten.

Ein solcher bundesweiter Stahlstreik muß für ein klares Programm und Lösungsperspektiven für die Stahlindustrie geführt werden, die folgende Kernpunkte umfassen sollte:

● Öffnung der Geschäftsbücher

Wir wollen Tatsachen sehen und keine Lügengeschichten von Cromme und Co. mehr hören. Wo sind die Profite der vergangenen Jahre hingegangen? Wie sieht die Finanzlage bei Krupp, Thyssen usw. wirklich aus, und zwar im ganzen Konzern? Immerhin schüttet Thyssen noch in diesem Jahr eine hohe Dividende aus.

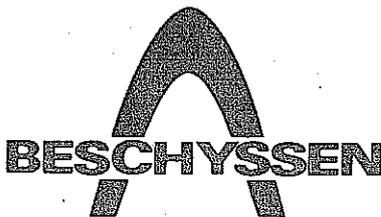
● Drastische Arbeitszeitverürzung bei vollem Lohnausgleich

Die IG Metall fordert in der laufenden Stahltarifrunde die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Forderung ist nunmehr bereits 10 Jahre alt. Schon im Winter 1978/79 streikten viele Stahlarbeiter 6 Wochen lang dafür. Damals wurde jedoch kein Vollstreik durchgeführt, so daß sie nicht durchgesetzt werden konnte. Jetzt wird es allerhöchste Zeit für die sofortige Umsetzung. Die Produktivität im Stahlbereich ist enorm angestiegen. 1985 produzierte ein Stahlarbeiter 30% mehr als 1975. Bis 1990 wird ein Stahlarbeiter die gleiche Menge Stahl produzieren, wie 1980 drei Kollegen. Wenn die Stahlbosse immer von Überkapazitäten sprechen, müssen wir fragen: Produzieren wir zu viel oder arbeiten wir zu lange? Selbst die 35-Stunden-Woche kann nur ein erster Schritt in Richtung 30-Stunden-Woche, also 6-Stunden-Schicht im Stahlbereich, sein.



● Kampf um den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes

In einem bundesweiten Vollstreik müssen wir deutlich machen, daß wir nicht länger gewillt sind, die Salami-Taktik des Kapitals hinzunehmen, die da lautet: X-tausend Arbeitsplätze müssen abgebaut werden, um angeblich den Rest zu erhalten. Die sogenannte „soziale Abfederung“ wird in wirtschaftlichen Krisenzeiten immer schwieriger; Ersatzarbeitsplätze im großen Stil sind nicht in Sicht. Wir wollen keine „Sozialpflaster“, sondern den Erhalt der industriellen Basis der Wirtschaft und zukünftige Arbeitsplätze für unsere Jugend. Die auf Spaltung der Belegschaft abzielenden Arbeitsplatzangebote von Bayer und anderen Firmen weisen wir zurück. Wenn sie Arbeitskräfte benötigen, sollen sie Arbeitslose einstellen! Wir kämpfen um den Erhalt der Standorte und jedes einzelnen Arbeitsplatzes!



● Enteignung der Stahlbosse und Überführung der Stahlkonzerne in Gemeineigentum

Es kann nicht länger angehen, daß Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert, also auf Beschäftigte und Staat abgewälzt werden: Die Landesregierung NRW weiß zur Zeit nicht, wie die sogenannte „Zukunftsinitiative Montanregion“ mit einer Ausstattung von zwei Milliarden DM finanziert werden soll. Sie verlangt Zuschüsse aus Bonn; über eine Alleinfinanzierung des Landes gibt es Streit im Kabinett. Aber warum sollen wir überhaupt mit weiteren Steuergeldern für die Folgen rücksichtsloser Konzernpolitik aufkommen? Schließlich bezahlen wir damit letztlich wieder alle, u. a. auch indem wir die Auswirkungen neu aufgerissener Haushaltslöcher in anderen Bereichen (z. B. Bildung, Kultur, Soziales) ausbaden müssen.

Nein, die eindeutig billigste Lösung besteht in der Verstaatlichung der Stahlindustrie, wobei Entschädigung nur auf Grund erwiesener Bedürftigkeit bezahlt werden darf.

Wenn Thyssen und Co. noch Dividende ausschütten können, dann wollten wir sie dafür verwenden, um die Arbeitsplätze zu erhalten!

● Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den verstaatlichten Betrieben

Staatseigentum alleine reicht nicht. Das sehen wir an vielen staats-eigenen Betrieben, in denen häufig auch keine andere Politik betrieben wird als unter privatem Management. Der Austausch eines Aktionärs oder Managers durch Staatsbürokraten hilft nicht weiter. Deshalb brauchen wir demokratische Kontrolle und Verwaltung in den staats-eigenen Betrieben, nämlich

- Arbeiterkontrolle, d. h. weitgehende Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Betriebsräte und Vertrauensleute bei Entlassungen, Einstellungen, Arbeitsbedingungen, Produktionsänderung, Einführung neuer Technologien usw.

- demokratische Verwaltung in der Leitung des Betriebes. Das könnte z. B. so aussehen, daß sich die Aufsichts- und Leitungsgremien drittelparitätisch aus Vertretern der Belegschaft, der Gewerkschaften und des Staates zusammensetzen.

Die Belegschaftsvertreter können die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten und deren Sachverstand im Produktions- und Verwaltungsbereich einfließen lassen.

Die Gewerkschaftsvertreter könnten die Gesamtinteressen der Beschäftigten in der Branche (auch der Zulieferer- und Abnehmerbetriebe) einbringen. Denn schließlich soll es nicht zu erneuter Konkurrenz zwischen den einzelnen verstaatlichten Betrieben kommen, sondern zu einer harmonischen Gesamtplanung der Produktion in der Branche.

Die Vertreter des Staates können die Belange gesamtstaatlicher Rahmenplanung (Infrastruktur, Energieversorgung, Roh- und Werkstofflieferung usw.) einbringen.

Bei 2/3 Arbeitnehmervertretern und nur 1/3 Staatsvertretern können auch allzu starke staatliche Eingriffe verhindert werden.

Einheits-Front aller SPD-regierten Länder und Gemeinden

Die NRW-Landesregierung verweist im Zusammenhang mit der Krise im Montanbereich immer wieder zu Recht auf Bonn und Brüssel, wo die Hauptverantwortung dafür liegt.

Allerdings ist auch die Landesregierung des immerhin bevölkerungsreichsten Bundeslandes nicht ganz so hilflos den Bonner oder Brüsseler Beschlüssen ausgeliefert. Von einer SPD-Aleinregierung müssen wir Initiativen und offensiven Kampf für die Interessen der Arbeiter erwarten. Bislang ist dabei nur die sogenannte „Zukunftsinitiative Montanregion“ (ZIM) herausgekommen. Ein Förderungsprogramm, das mit 2 Milliarden DM ausgestattet werden soll, wobei um die Bonner Zuschüsse noch gerangelt wird.

Laut Wirtschaftsminister Joachimsen betrifft das ZIM „insbesondere drei große Aufgabenfelder der Strukturpolitik, nämlich 1. die sozialverträgliche Gestaltung des Umstrukturierungsprozesses (d. h. besonders die Vermeidung von Massenentlassungen), 2. die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Modernisierung der industriellen Bestände und 3. der Aufbau von neuen Strukturen und zukunftssicheren Arbeitsplätzen“.

Es wird auch beim „ZIM“ wieder davon ausgegangen, daß Kohle und Stahl keine Zukunft mehr hätten, zur „Altindustrie“ gehörten, „umstrukturiert“ werden müßten. Wer behauptet das? Das Kapital und seine „Wirtschaftsexperten“. Wir haben aber keinen Grund, ihnen Glauben zu schenken. Bei Abschaltung der AKWs gibt es genügend Bedarf an Kohle. Bei sozialistischer Produktionsplanung orientiert an den Bedürfnissen und öffentlicher Nachfrage bestehen auch genügend Absatzmöglichkeiten für Stahl und seine Weiterverarbeitungsprodukte.

Stattdessen wird auf neue Absatzplätze im „High-Tech“-Bereich gesetzt. Aber wo sind die zehntausende und hundertausende von neuen Arbeitsplätzen dort? Sogenannte Technologie-Parks“ und Kleinbetriebe mit ihren paar dutzend und paar hundert Arbeitsplätzen können in keiner Weise die Arbeitslosen auffangen, die bei der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Krisenbranchen „freigesetzt“ werden.

Ausreichende Ersatzarbeitsplätze sind schlicht und ergreifend nicht in Sicht. Schon gar nicht bei Einbruch der bevorstehenden Weltwirtschaftskrise. Und für die „soziale Abfederung“ von Massenentlassungen, für Standortprogramm und Wirtschaftsförderung sollen dann auch noch Milliarden von Steuergeldern ausgegeben werden? In die Verfügungsgewalt des Kapitals?

Nein, das einzig angemessene Instrument ist die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum, bei demokratischer Kontrolle und Planung entsprechend den Bedürfnissen.

Die SPD-Landesregierung könnte damit beginnen, die Stahlkonzerne NRWs in Landeseigentum zu überführen – angefangen mit dem Werk Krupp in Rheinhausen!

Die von den Arbeitern erwirtschafteten Profite sowie nötigenfalls staatliche Gelder könnten dann unter Mitwirkung der Belegschaften und Gewerkschaft zum Erhalt der Arbeitsplätze aufgewendet werden.

Außerdem müßte die SPD-Landesregierung die Initiative zum Kampf gegen das Krisendiktat von Kohl und Kapital ergreifen und alle anderen SPD-regierten Länder ebenfalls zur Überführung ihrer Krisenbetriebe unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung auffordern.

Die Mobilisierung der Arbeiter und Jugend im Schulterschluss mit den Gewerkschaften, die Organisierung einer Einheitsfront aller SPD-regierten Gemeinden und Länder gegen Bonn – das könnte ein entscheidender Schritt gegen das Ausbluten der Krisenregionen, der SPD-regierten Länder sowie der Gemeinden durch die Kohlregierung sein. Es könnte diese Regierung darüberhinaus ihrem wohlverdienten Ende ein ganzes Stück näher bringen.

Wichtig ist allerdings, daß sich die Vertreter und Funktionäre nicht von den Interessen und Wünschen der Basis entfernen können. Deshalb muß die Möglichkeit zur jederzeitigen Abwahl bestehen. Außerdem darf kein Vertreter mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn eines Stahlfacharbeiters. Denn wer hohe Einkommen bezieht, kann sich kaum in die Lage eines normalverdienenden Arbeiters hineinversetzen. Die Gefahr des „sozialen Abhebens“ besteht dann zweifellos.

Durch Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit sowie Begrenzung des Einkommens kann jedoch eine enge Anbindung an die Interessen der Basis gewährleistet werden.

● Aufstellung eines Produktionsplanes

Durch Verstaatlichung unter demokratische Arbeiterkontrolle hätten wir die Instrumente in der Hand, um einen Produktionsplan für die gesamte Branche aufzustellen, der sich nicht am Profit, sondern an den Bedürfnissen orientiert. Wir könnten feststellen, was es mit den Überkapazitäten auf sich hat. Gibt es tatsächlich immer weniger Bedarf nach dem Werkstoff Stahl? Schließlich ist Stahl in ca. 50% aller Produkte auf dem Markt in irgendeiner Form weiterverarbeitet. Konsumiert die Gesellschaft etwa zuviel? Geht es uns zu gut? Oder sind nicht noch viele Bedürfnisse offen!

Wenn z.B. öffentlicher Nah- und Fernverkehr weiter ausgebaut (statt verschlechtert!) werden, besteht noch viel Bedarf an Schienen und Schienenfahrzeugen. Auch im Wohnungsbau wird Stahl verwendet. Brauchen wir etwa nicht noch gute und billige Wohnungen, weitere Kindergärten, Altenheime und Sozialeinrichtungen? Statt öffentliche Gelder per Subventionen in den Rachen des Kapitals zu werfen sollten lieber umfassende staatliche Ausbauprogramme in solchen und ähnlichen Bereichen finanziert werden (von der Verschwendung für Rüstungsausgaben ganz zu schweigen).

Auch könnte dann nach Möglichkeiten zur Erweiterung der Produktpalette geforscht werden (z.B. Schrott-Recycling-Anlagen, wie ein Konzept für die Maxhütte vorsieht).

VORAN ist der Meinung, daß das Konzept einer verstaatlichten, demokratisch kontrollierten und geplanten Stahlindustrie anderen Konzepten und Vorschlägen überlegen ist, da es deren Mängel ausschließt.

Die SPD fordert einen „nationalen Stahlverbund“ nach dem Vorbild der Ruhrkohle AG, wobei die Tochterunternehmen der Konzerne zu einer Gesamtgesellschaft zusammengefaßt werden sollen. Dieses Konzept läuft jedoch darauf hinaus, Verlustbetriebe wieder mal zu sozialisieren. Warum sollen die profitablen Bereiche in Privathand bleiben? Außerdem wird damit ein „geordneter Abbau von Überkapazitäten“ angestrebt, also Arbeitsplatzabbau unter staatlicher Regie. Die Erfahrungen mit der Ruhrkohle AG zeigen dies allzu deutlich. Damit ist der Erhalt aller Arbeitsplätze und die Planung nach Bedürfnissen nicht möglich.

Auch das Konzept der IG Metall über konzerninterne „Beschäftigungsgesellschaften“ zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der Stahlindustrie und den Stahlregionen bleibt an bestimmten Punkten stecken. „Konzernintern“ würde wieder Konkurrenz statt Gesamtplanung bedeuten. Unter wessen Kontrolle und in wessen Eigentum sollen diese Beschäftigungsgesellschaften stehen? Von Enteignung und Gemeineigentum ist jedenfalls keine Rede.

Beide Konzepte gehen überdies von staatlichen Subventionen, also von unseren Steuergeldern zur Reparatur und „Abfederung“ einer Umstrukturierung aus.

Enteignung, Gemeineigentum, demokratische Kontrolle und Produktionsplanung eröffnen dagegen wirklich langfristige Lösungen und den Einsatz der (öhnehin von den Arbeitern erwirtschafteten) Profite sowie öffentlicher Gelder unter gesellschaftlicher Kontrolle.

Die Forderung nach Vergesellschaftung steht in fast allen Grundsatzprogrammen der Gewerkschaften; sie wird von vielen Kollegen immer wieder erhoben. Es wird höchste Zeit, mit der Mobilisierung dafür endlich ernst zu machen, denn sie ist in der Stahlindustrie heute aktueller denn je!

Für gemeinsamen Kampf der Stahl- und Bergarbeiter



Beim Aktionstag am 10. Dezember legten auch 100.000 Bergarbeiter die Arbeit nieder. Auch sie sind von Arbeitsplatzabbau und Krise hart betroffen.

Von über 600.000 Arbeitsplätze im Bergbau Anfang der 60er Jahre gibt es jetzt nur noch knapp 160.000. Weitere 30.000 stehen zum Abbau an. Doch die Kumpel konnten in Aufschwungzeiten in anderen Branchen unterkommen. Heute bei 2,2 Mio. Arbeitslosen (inoffiziell über 3,5 Mio.) und kommender Rezession werden die Kollegen kaum noch Ersatzarbeitsplätze finden.

Die Zukunft der Kohle ist mit der Stahlproduktion eng verbunden. Die Stahlindustrie ist neben Kraftwerken der größte Abnehmer der Kohle. Deshalb ist ein gemeinsamer Kampf von IG Bergbau und IG Metall, von Berg- und Stahlarbeitern nötig. In Anbetracht der Politik der Führung der IG Bergbau, die sich offensichtlich Illusionen über die Möglichkeiten „sozialer Abfederungen“ macht, muß die Initiative dazu wohl von der IG Metall und den Stahlarbeitern ausgehen.

Sowohl auf gewerkschaftlicher Ebene als auch durch direkte Kontakte zwischen den Belegschaften (z.B. durch Delegationen von Stahlarbeitern zu den Zechen) muß versucht werden, eine möglichst geschlossene Front zwischen Stahl- und Bergarbeitern, zwischen IG Bergbau und IG Metall aufzubauen.

Ziel sollte auch sein:

● **unbegrenzter Vollstreik auf allen Zechen im Bundesgebiet**
Ausgehend von den 32 Zechen in NRW müssen sämtliche Bergbaureviere einbezogen werden, um einen Vollstreik parallel zum Stahlstreik aufzubauen.

Inhaltlich sollten folgende Kernpunkte bei den Forderungen aufgegriffen werden:



30.000 Arbeitsplätze stehen in den bundesdeutschen Revieren auf dem Spiel

● **Überführung der Bergbaugesellschaften in direktes Staatseigentum (keine Aktiengesellschaften) unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung,**

ähnlich wie oben für den Stahlbereich beschrieben. Es kann doch nicht so weitergehen, daß jährlich Milliarden-Summen öffentlicher Gelder in diesen Bereich fließen, ohne daß sich die Lage verbessert (1987 werden es wieder 10,7 Mrd. DM sein). Jeder Arbeitsplatz im Bergbau wird jährlich mit ca. 63.000 DM subventioniert. Besser wäre es wohl, wenn man dieses Geld den Bergarbeitern direkt auszahlen würde.....

● **Drastische Arbeitszeitverkürzung durch 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich**

Das ist mehr als berechtigt. Schließlich hat sich in den letzten Jahren die Schichtleistung von 1,6t auf 4,5t fast verdreifacht.

● **Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie**

Die Kohle ist und bleibt die heimische Energiequelle Nr. 1. Die Reserven reichen für mehrere hundert Jahre. Sie ist außerdem die sicherere Energie und mit Einsatz von Filteranlagen in Kohlekraftwerken auch die umweltfreundlichere.

Im Bergbaubereich ist das Gefasel von Überkapazitäten und Abbau der Fördermengen überhaupt nicht zu begreifen. Wenn die Profitinteressen der AKW-Betreiber ausgeschaltet und diese tickenden Zeitbomben endlich stillgelegt werden, gibt es einen großen Bedarf an Kohle. (Natürlich dürfen bei AKW-Stillelegungen keine Entlassungen erfolgen. Die Belegschaften müssen in anderen Bereichen, z.B. im Bereich Umweltschutz, untergebracht werden.)

Im Montanbereich (Kohle und Stahl) fand und findet auf gesamt-europäischer Ebene eine riesige „Abschlacht-Orgie“ des Kapitals und seiner politischen Handlanger statt.

In der BRD soll jetzt nachgezogen werden. Auch ein Austritt aus der EG würde daran nichts ändern. Denn damit wäre die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems noch längst nicht „ausgesperrt“. Die Arbeitsplatzvernichtung im Stahlbereich findet im Nicht-EG-Land Österreich genauso statt wie überall sonst in Europa.

Genau wie innerhalb der Bundesrepublik versucht wird, Belegschaften einzelner Standorte gegeneinander auszuspielen, läuft dies auch auf europäischer Ebene mit dem Stichwort „Wahrung der nationalen Interessen“. Leider hört man auch von SPD- und Gewerkschaftsführung ähnliche Worte: der Vorwurf an die Kohl-

regierung lautet vor allem, daß sie in Brüssel die nationalen Interessen der Stahlindustrie zu wenig wahre. Aber um wessen Interessen kann es sich nur handeln? Nur um die der Stahlbosse. Tatsächlich sitzen die Stahlarbeiter in ganz Europa – und ebenso ihre Kollegen im Bergbau – im selben Boot. Selbst dort wo die Stahlindustrie verstaatlicht ist (allerdings damit noch nicht unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht), fand in den letzten Jahren ein ungeheurer Arbeitsplatzabbau statt. Ob das Kapital selbst zuschlägt oder vermittels seines Staatsapparates – die Lasten werden in jedem Fall auf die Arbeiter abgewälzt. In den letzten Jahren wurden in der Stahlindustrie in Luxemburg fünf von zehn, in Frankreich sechs von zehn und in Großbritannien sogar drei von vier Arbeitsplätzen abgebaut. Diese Tatsachen werden durch das Geschrei des bundesdeutschen Stahlkapitals über die Subventionen in anderen Ländern verschleiert.

Die Arbeiter im Montanbereich haben daher allen Grund, der Propagierung „nationaler Interessen“ zu mißtrauen und ihr die internationalen Interessen der Arbeiterbewegung gegenüberzustellen: Wir müssen eintreten für:

● **Ausdehnung der Kampfmaßnahmen auf europäischer Ebene**

Dazu könnte durch die entsprechenden Gewerkschaften eine europäische Konferenz der Stahl- und Bergarbeiter organisiert werden, mit Vertretern von Belegschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten.

Ebenso könnten Arbeiterdelegationen direkt in die betreffenden Zechen und Stahlwerke nach Belgien, Frankreich, Luxemburg, Großbritannien usw. geschickt werden.

In fast allen diesen Standorten haben in den vergangenen Jahren bereits heftige Kämpfe und Auseinandersetzungen stattgefunden. Erinnerung sei nur an die Straßenschlachten zwischen Polizei und Stahlarbeitern in Lothringen und an den heroischen einjährigen Kampf der britischen Bergarbeiter.

Es wird Zeit, diese Kämpfe europaweit zu koordinieren. Nur gemeinsam können wir uns gegen die Europäische Gemeinschaft der Bosse zur Wehr setzen.

Letztenendes kann eine sinnvolle Planung im Energie- und Stahlsektor auch nur auf internationaler Ebene erfolgen. Wir müssen der Forderung nach Durchsetzung „nationaler Interessen“ die Forderung nach einem Europa der abhängig Beschäftigten, nach den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegensetzen.



10. Dezember 1987: Straßensperren im Ruhrgebiet am Aktionstag der IG Metall. 200.000 Menschen folgten dem Aufruf.

24 Std. Generalstreik im Revier

Die Mobilisierung der Bevölkerung im Revier in den letzten Wochen hat gezeigt, daß eine große Kampfbereitschaft vorhanden ist, um das Revier vor weiterem Abstieg zu bewahren, um Lebensraum und Zukunftsperspektive zu erhalten. Darauf kann für eine weitere Steigerung des Kampfes aufgebaut werden. Zur Zeit ist in vielen Bereichen Arbeitsplatz- und Sozialabbau geplant, laufen eine Reihe tarifliche und sonstige Auseinandersetzungen (siehe Kasten). Um diese Kämpfe zusammenzufassen und an die gemeinsamen Interessen aller abhängig Beschäftigten anzuknüpfen, sollte ein

● **24-stündiger Generalstreik im Ruhrgebiet** vorbereitet und organisiert werden, indem sich die anderen DGB-Gewerkschaften einem Streik im Montanbereich anschließen.

Wenn das Zechen- und Standort-Sterben so weiter geht,
 – dann werden durch Steuerausfälle auch öffentliche Dienstleistungen und Stellen gestrichen, also ist der Bereich der ÖTV mitbetroffen;
 – dann geht die Kaufkraft zurück und damit auch Einzelhandelsumsätze. Hier sind die Arbeitsplätze im HBV-Bereich betroffen. Auf diese Weise müssen die Zusammenhänge verdeutlicht werden und die Anknüpfungspunkte zu den anderen Gewerkschaften hervorgehoben werden. Dann wird es möglich sein, sie für einen 24-stündigen Generalstreik zu gewinnen – nicht nur aus Solidarität mit den Stahlarbeitern, sondern auch im eigenen Interesse. Durch die Fahrbahn-Blockaden beim Aktionstag im Dezember wurde zumindest in Duisburg schon eine generalstreikähnliche Lage geschaffen, indem viele Kollegen nicht oder zu spät zur Arbeit kamen. Es gab überwiegend Sympathie und Verständnis für die Blockaden. Jetzt sollte versucht werden, eine Steigerung nicht einfach durch noch mehr Blockaden – also gewissermaßen durch äußeren Druck – zu erreichen, sondern „von innen“, durch aktive, freiwillige Teilnahme aller Kollegen an einem revierweiten Generalstreik.

In allen DGB-Kreisen des Ruhrgebiets sollte ein solcher Streik vorbereitet (z.B. durch Aktionsausschüsse mit Vertretern aller Einzelgewerkschaften) und regional koordiniert werden. Außerdem sollten auf städtischer Ebene gegebenenfalls Bürgerkomitees (wie das in Rheinhausen), Schülervertretungen, in Universitätsstädten Studentenvertretungen, Frauenkomitees (wie in Hattingen und Rheinhausen) und sonstige Solidaritätsgruppen einbezogen werden, um breiteste Mobilisierung zu gewährleisten. Die

SPD müßte ebenfalls vom Ortsverein bis zum Parteivorstand dafür mobilisieren.

DGB und SPD könnten in Zusammenarbeit mit den Kollegen der IG Druck und Papier eine Massenzeitung herausgeben, in der die Interessen der Arbeiter vertreten werden.

Am Tag des Generalstreik könnte diese umfassende Mobilisierung dann zu

● **Massendemonstrationen und einem Marsch auf Bonn** konzentriert werden. Das bereits genannte Programm für den Montanbereich sollte zusammen mit weiteren politischen Forderungen gegen die Bundesregierung die Stoßrichtung deutlich machen. Wie sagte der IGM-Vorsitzende Franz Steinkühler in Rheinhausen: „Diese Regierung ist nicht mehr unsere Regierung!“ (Sie war es übrigens noch nie!) Solche Forderungen gegen das Krisendiktat von Kohl und Kapital könnten sein:

- Nein zur Umverteilung zugunsten der Reichen per „Steuerreform“ oder „Kostendämpfung“ im Gesundheitswesen;
- keine Privatisierungen, kein Personalabbau bei Bahn und Post, sondern Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen;
- Hände weg vom Ladenschluß
- Rücknahme des §116
- Weg mit der Vorlage zur Arbeitszeitordnung – für 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.

Ein solcher 24-stündiger Ruhr-Generalstreik mit Marsch auf Bonn, unterstützt durch die SPD-Landesregierung und andere SPD-regierte Länder, eventuell auch durch bundesweite Solidaritätsaktionen des DGB am gleichen Tag, kann die Bundesregierung ernsthaft ins Wanken bringen. Er kann ein Nagel im Sarg dieser Regierung des Kapitals werden und damit der Anfang einer Mobilisierung zu ihrem Sturz und für eine SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm.

Das in dieser Broschüre skizzierte Programm und die Kampfstrategie sind ein Vorschlag und Diskussionsbeitrag zu der Frage, wie ein erfolgreicher Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung geführt und das Signal von Rheinhausen ausgeweitet werden könnte. Diskutiert mit uns darüber.

Organisiert Euch in DGB-Gewerkschaften und SPD. Aktiviert Euch bei Gewerkschaftsjugend und Jungsozialisten. Helft mit, diese traditionsreichen Organisationen der Arbeiterbewegung als Kampfinstrumente für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms auf- und auszubauen.

Kämpfe zusammenfassen

Folgende gewerkschaftliche Auseinandersetzungen sowie Angriffe des Kapitals und seiner politischen Handlanger hat es in den letzten Wochen und Monaten gegeben:

- Kampf um die Maxhütte in der Oberpfalz
- Kampf um die Heinrichshütte in Hattingen/Massendemonstrationen und Aktionen, getragen von der gesamten Hattinger Bevölkerung
- Arbeitsplatz- und Sozialabbau bei ARBED-Saarstahl schon seit geraumer Zeit
- Unruhe in allen Kohlrevieren/Demonstrationen im Saarland und im Aachener Revier/Massenkundgebungen auch in kleinen Städten wie Herten oder Lünen
- Werftensterben an der Küste schon seit mehreren Jahren



- Ankündigung von massivem Arbeitsplatzabbau in mehreren Kölner Metallbetrieben: bei Bosch, atlas copco, PHB-Weserhütte, Eisenwerke Brühl und vor allem bei KHD, die in Köln 2300, konzernweit 6000 Arbeitsplätze vernichten wollen/Gründung verschiedener Solidaritätsinitiativen in Köln zusammen mit Gewerkschaftern zur Abwehr dieser Entlassungen
- Ankündigung von Entlassungen bei SEL in Stuttgart
- Kurzarbeit bei Porsche/zunehmende Probleme für die Autoindustrie in Anbetracht der sich abzeichnenden nächsten Weltwirtschaftskrise
- Arbeitsplatzvernichtung im Baugewerbe, wo in den letzten Jahren mehr als doppelt so viele Arbeitsplätze vernichtet wurden wie in der gesamten Kohle, Stahl- und Werftenindustrie zusammen!
- geplante Privatisierungen bei der Post, Leistungs- und Stellenabbau/Kampf der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) dagegen, bisher in mehreren bundesweiten Aktionstagen
- geplanter massiver Stellenabbau bei der Bundesbahn/zentrale Demonstration der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) im September dagegen mit 20.000 Teilnehmern
- Tarifaueinandersetzungen im Bereich der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) gegen die geplante Verlängerung der Ladenschlußzeiten
- Tarifrunde im Bereich der ÖTV um Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne
- Höfesterben aufgrund der EG-Agrarpolitik/Auseinandersetzungen im Bauernverband Anfang 1987 und großen Demonstrationen der Landwirte
- bundesweite Schülerstreik mit über hunderttausend Teilnehmern im Frühjahr 1987/bundesweite Demonstration von 70.000 Schülern und Studenten im November 1987
- Studentenstreiks an verschiedenen Hochschulen gegen Kürzungen im Bildungsbereich/z.B. größte Nachkriegsdemonstration in Aachen von 16.000 Aachener Studenten im Dezember '87
- Permanente Angriffe der Kohlregierung, z.B. durch die sogenannte Steuerreform, die „Kostendämpfung“ im Gesundheitswesen, der Gesetzentwurf zu einer verschlechterten Arbeitszeitordnung usw.

Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie macht aber deutlich, wie sich das soziale Klima in der BRD verändert hat: Die Angriffe des Kapitals werden immer unverschämter, aber auch die Kampfbereitschaft der Betroffenen wächst deutlich.

Es kommt jetzt darauf an, die Abwehrkämpfe zusammenzufassen und ihnen eine einheitliche Stoßrichtung zu geben.

Die Vertreter-Versammlung der IG Metall Ludwigsburg hat im Dezember 87 in einem Beschluß die Gewerkschaft in Stuttgart aufgefordert, „angesichts der zunehmenden Angriffe auf Arbeitnehmerrechte“ ein „Mobilisierungs- und Handlungskonzept zusammen mit den anderen Einzelgewerkschaften und dem gesamten Deutschen Gewerkschaftsbund zu erarbeiten.“ In dem Beschluß wird auf die Belastungen durch Steuerreform, „Reform“ der Krankenversicherung, Vernichtung ganzer Stahlstandorte, Verschlechterung des Landenschlußgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes sowie Privatisierung bei Post, Bahn und öffentlichem Dienst verwiesen.

Dieser Beschluß weist in die richtige Richtung. Bei der augenblicklichen Stimmung, insbesondere im Ruhrgebiet, ist es durchaus möglich, alle Bereiche zu einem gemeinsamen Kampf zu mobilisieren. Zum Beispiel zunächst für einen 24-stündigen Generalstreik im Revier. Bundesweit könnten vom DGB am gleichen Tag Solidaritätsaktionen geplant werden. Sollte das Kapital und seine Regierung nicht nachgeben, könnte als weitere Steigerung des Kampfes auch die Vorbereitung eines 24-stündigen bundesweiten Generalstreiks ins Auge gefaßt werden.

Ein Vollstreik im Revier könnte mit einem Marsch auf Bonn und entsprechenden Forderungen gegen die Bundesregierung und das Krisendiktat von Kohl und Kapital verbunden werden.



Selbst Polizisten solidarisiern sich mit den Stahlkochern in Rheinhausen

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Gewerkschaften

Solidarität und Wachsamkeit

Der Kampf der Stahlarbeiter in Rheinhausen sowie der Bevölkerung im Ruhrgebiet hat bundesweit ein Signal gesetzt. Viele Arbeiter und Angestellte sind nicht länger bereit, die Vernichtungsstrategie des Kapitals widerstandslos hinzunehmen.

Die betroffenen Kollegen müssen von allen Gewerkschaftern und Sozialisten aktiv unterstützt werden.

Schickt Solidaritätsadressen, klärt in der Öffentlichkeit auf, sammelt für Stahlarbeiter.

Solidaritätsadressen an:

Belegschaft und Betriebsrat der Krupp Stahl AG
Friedrich-Ebert-Straße
Werk Rheinhausen
4100 Duisburg

Spendenkonto:

Stichwort „Hilfe für Krupp-Stahlarbeiter Rheinhausen“
Kto.-Nr. 250001930
Stadtsparkasse Duisburg
BLZ 350 50000

Beim derzeitigen Stand der Auseinandersetzungen sieht es so aus, als ob die Stahlbosse einen gewissen Rückzieher machen. Mit dieser Explosion an Unzufriedenheit und Wut hatten sie offenbar nicht gerechnet.

Sollten sie dem Erhalt des Standortes Rheinhausen zustimmen, so wäre dies einzig und allein das Verdienst der

großartigen Bewegung im Ruhrgebiet.

Aber niemand sollte glauben, daß damit der Plan zur Vernichtung dieses und anderer Standorte vom Tisch ist. Die Krupp-Bosse werden wahrscheinlich für einen möglichen Rückzieher in der Standort-Frage den Abbau von Arbeitsplätzen über die bereits mit dem Betriebsrat vereinbarten 2000 hinaus verlangen.

Sie werden mit ihrer Hinhalte- und Salami-Taktik weitermachen. Jedes Zugeständnis hinsichtlich „sozial abgefeilter“ Entlassungen wird ihnen Appetit auf neue Forderungen machen.

Besonders den Einbruch der nächsten Rezession werden sie zu einem erneuten Vorstoß gegen den gesamten Standort nutzen. Sie werden auch dann kaltschnäuzig erklären, die „Geschäftsgrundlage“ sei nunmehr eine andere. Ebenso, wie sie innerhalb weniger Wochen das Abkommen vom September 1987 für null und nichtig erklären wollten.

Jegliche Abkommen sind nur ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses zu diesem Zeitpunkt. Ansonsten werden sie vom Kapital als ein Stück Papier betrachtet. Die Stahlarbeiter und die IG Metall müssen daher auch weiterhin wachsam sein und jederzeit zur Aufnahme und Ausweitung von Kampfmaßnahmen bereit sein. Die Solidarität der Arbeiterbewegung ist ihnen dabei gewiß.

Redaktion VORAN, Dezember 1987

Wenn Du Interesse an unseren politischen Ideen hast, melde Dich bei
Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1 Telefon 0221/ 13 45 04
oder schicke uns untenstehenden Abschnitt ein

Die Zeitung VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Gewerkschaftern und Falken getragen, die sich als Marxisten verstehen und für eine konsequente sozialistische Politik dieser Organisationen einsetzen. Wir treten für eine sozialistische Demokratie in West und Ost ein, d.h. für den Sturz des Kapitals im Westen und der Bürokratenherrschaft im Osten.

Wir kämpfen für

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Ich möchte
VORAN

kennenlernen und bitte um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Ich möchte

Eine Probe-Nummer von VORAN

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

.... Exemplare dieser Stahlbroschüre

Infos über weiteres politisches Material von Euch

PschA Essen, BLZ 360 100 43

Konto-Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1